1. Kann ein Betrugsversuch im Wege einer Täuschung des Prozeßrichters schon dadurch begangen werden, daß in einer Klageschrift auf Urkunden als Beweismittel Bezug genommen wird, oder daß die Klage unter Nichtberücksichtigung solcher Thatfachen erhoben wird, von denen der Kläger weiß oder annimmt, daß sie eine Einrede für den Beklagten zu begründen geeignet sind?

St.G.B. §§ 263, 43.

C.P.D. §§ 230, 121, 122, 385, 397.

II. Straffenat. Ur. v. 24. Januar 1899 g. W. u. N. Rep. 4905/98.

I. Landgericht I Berlin.

Unter Aufhebung des landgerichtlichen Urteils ist der Angeklagte A. von der Anklage wegen versuchten Betruges freigesprochen aus folgenden

Gründen:

... Der Vorderrichter hat eine versuchte Täuschung des Prozeßrichters darin erblickt, daß A. unter Bezugnahme auf den Inhalt der Urkunde vom 27. Mai 1895 und die derselben entsprechende Eintragung im Grundbuche den vollen Betrag der dort verbrieften Schuldsumme von 8000 M gegen B. eingeklagt hat, obwohl er wußte, daß dieser Anspruch durch von B. geleistete Zahlungen (in Höhe von 3750 M) bereits teilweise getilgt war. Soweit hiernach die Urkunde vom 27. Mai 1895 nebst der Eintragung im Grundbuche als Täuschungsmittel aufgefaßt ist, steht zunächst das Bedenken entgegen, daß im angefochtenen Urteile über eine mittels jener Urkunden geschehene Beweisanzetung — Vorlegung in der mündlichen Verhandlung, § 385 C.P.D., bezw. Antragstellung (in der mündlichen Verhandlung)

auf Heranziehung der Grundakten, § 397 C.P.D. — nichts festgestellt ist. Was in dem Urteile betreffs erfolgter „Bezugnahme“ oder „Berufung“ auf jene Urkunden gesagt ist, bedeutet an sich nichts weiter, als daß in der Klageschrift die Urkunden gemäß §§ 230 Abs. 4. 121 Nr. 5 C.P.D. als — demnächst eintretenden Falles zu benutzende — Beweismittel bezeichnet worden sind. Aus dem Urteile erhellt nicht einmal, ob gemäß § 122 Abs. 1 a. a. D. der Klageschrift die in Bezug genommenen Urkunden, wenn auch nur in Abschrift, beigelegt gewesen sind. Da die Bezugnahme in der Klageschrift für den Prozeßrichter nach Maßgabe des geltenden Zivilprozeßrechtes nicht die mindeste Beweiskraft haben konnte, so läßt sich nicht sagen, daß damit schon ein Anfang der Ausführung der Täuschungshandlung gemacht worden sei.

Allein abgesehen hiervon kommt weiter folgendes in Betracht. Die mehrerwähnten Urkunden waren formell und materiell richtige Beweismittel in Ansehung der den Klagenspruch an sich begründenden rechtserzeugenden Thatfachen. Daß die Klageforderung in Übereinstimmung mit dem Inhalte der Urkunden als Darlehnsforderung bezeichnet worden, während in Wirklichkeit Rechtsverhältnisse von anderer Beschaffenheit zu Grunde lagen, macht auch der Vorderrichter dem Angeklagten nicht zum Vorwurfe, eben weil B. das Schuldanerkenntnis vom 27. Mai 1895 als über ein empfangenes bares Darlehn lautend ausgestellt hatte. Das Rechtswidrige in dem Vorgehen des Angeklagten liegt nach der Auffassung des Vorderrichters im Grunde nur darin, daß bei der Klagerhebung die inzwischen erfolgte partielle Tilgung des Anspruches unberücksichtigt gelassen ist, obwohl sie dem Kläger bekannt war. Für eine Täuschung des Prozeßrichters in betreff dieses Punktes waren aber jene in der Klageschrift in Bezug genommenen Urkunden völlig belanglos.

Die Rechtsthatsachen, welche die partielle Tilgung des Anspruches bewirkt hatten, bildeten den Stoff für eine Einrede, die zu erheben dem Beklagten unbenommen war; anführungs- und beweispflichtig war in Ansehung dieser Thatfachen der Beklagte B. Was die Strafkammer über eine durch A.'s Vorgehen bewirkte „Verrückung der Beweislast“ sagt, trifft hiernach nicht zu.

Aus allem diesem folgt, daß die in der Klageschrift enthaltene Bezugnahme auf die mehrerwähnten Urkunden für die Konstruktion

eines dem Kläger A. zur Last zu legenden Betrugsversuches nicht verwertbar ist. Es kann sich vielmehr nur fragen, ob in der — soweit ersichtlich, im ordentlichen Prozesse geschehenen — Erhebung des zum Teil unrechtmäßigen Anspruches in Verbindung mit der Verschweigung der die Einrede für den Beklagten begründenden Thatfachen an sich schon eine versuchte Irrtumserregung durch Vorspielung falscher oder Unterdrückung wahrer Thatfachen gefunden werden kann. Dies ist zu verneinen. Der Kläger, welcher einen ungerechtfertigten Anspruch erhebt, behauptet nicht schon durch die Stellung solchen Klagantrages eine Thatfache, also auch nicht eine falsche Thatfache. Er unterbreitet seinen Antrag dem Richter, der über die Rechtmäßigkeit desselben urteilen soll. Selbst wenn zur Begründung des Anspruches Thatfachen angeführt werden, deren Unrichtigkeit dem Kläger bekannt ist — worüber indes im gegebenen Falle nichts festgestellt ist — genügt dies für sich allein nach konstanter reichsgerichtlicher Rechtsprechung noch nicht, um darin eine für den Thatbestand des Betruges oder des Betrugsversuches erhebliche „Vorspiegelung falscher Thatfachen“ zu erblicken, da der Prozeßrichter einseitigen Parteibehauptungen nicht ohne weiteres Glauben schenken darf. Andererseits besteht aber auch weder eine allgemeine Rechtspflicht jeder Prozeßpartei, ihrerseits solche ihr bekannte Thatfachen, auf welche, wie sie weiß oder annimmt, der Prozeßgegner mit Erfolg eine Einrede oder Replik etc. würde stützen können, dem letzteren und dem Richter kundzugeben, noch bietet gerade der vorliegende Fall irgend welche Besonderheiten, aus denen das Vorhandengewesensein einer derartigen Pflicht des Klägers A. gegenüber dem Beklagten B. in Ansehung der von B. geleisteten Zahlungen abzuleiten wäre. Eben deshalb kann aber darin, daß A. bei der Klagerhebung dieser ihm zu teil gewordenen Zahlungen keine Erwähnung gethan hat, ein „Unterdrücken“ wahrer Thatfachen im Sinne des § 263 St.G.B.'s nicht gefunden werden.

Wenn freilich in dem vom Vorderrichter angezogenen reichsgerichtlichen Urteile vom 26. September 1887 (Entsch. des R.G.'s in Straff. Bd. 16 S. 193 flg.) beiläufig auch die Einklagung eines bereits bezahlten, aber dessenungeachtet unverändert im Besitze des Klägers verbliebenen Wechsels als Betrug hingestellt ist (S. 196 a. u. D.), wie denn auch schon in einem früheren Urteile vom 1. November 1880

(Rechtspr. Bd. 2 S. 422. 423) die aus einem anderen materiellen Grunde unrechtmäßige Erhebung einer Wechselklage als versuchter Betrug angesehen war, so darf angenommen werden, daß für diese Ausprüche nicht nur eine Rücksichtnahme auf die erschwerte prozessuale Lage des Beklagten im Wechselprozesse, sondern überdies und vorzugsweise eine Inbetrachtziehung der besonderen Rechtswirkungen des Wechselbesitzes ausschlaggebend gewesen ist. Der Besitz des unquittierten Wechsels in der Hand dessen, welcher nach Inhalt des letzteren als Berechtigter erscheint, spricht nämlich, wie in dem Urteile des jetzt erkennenden Senats vom 20. September 1887 (Rechtspr. Bd. 9 S. 443. 444) an der Hand der einschlägigen Gesetzesvorschriften bereits dargelegt ist, gegen erfolgte Bezahlung oder sonstige Tilgung der Wechselschuld und legitimiert zur Einforderung des Wechselbetrages. Was aber von der Wechselklage ihrer vorbemerkten Besonderheiten wegen gelten kann, gilt nicht ohne weiteres auch für Klagen, die aus anderen Rechtsgründen, und zwar im Wege des ordentlichen Prozesses, erhoben sind.

Das in Bd. 1 S. 479 flg. der Rechtspr. des R.G.'s in Straff. mitgeteilte Urteil vom 17. März 1880 legt ersichtlich darauf besonderes Gewicht, daß in dem dort behandelten Falle die Erlassung eines „Mandats“ auf Grund des damaligen preußischen Prozeßrechtes beantragt worden war.

Wie die obigen Ausführungen ergeben, würde auch im Falle der Durchführung des ganzen Vorhabens, wie Angeklagter es sich dachte und vorstellte, der Thatbestand des Betruges nicht begründet gewesen sein; demgemäß kann auch in der zur Einleitung desselben gescheneu Klagerhebung ein Betrugsversuch nicht gefunden werden. Eben deshalb kann es aber auch dahingestellt bleiben, welche Bedeutung sonst für die Beurteilung des Falles dem Umstande beizumessen sein würde, daß der betreffende Prozeß, wie das Urteil der Vorinstanz sagt, noch nicht entschieden ist . . .